

# Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Rübischappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 6,50 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 19,50 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 30 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechszeilige Grundzeile wird mit 1,25 Mk. für auswärtige Besteller mit 1,50 Mk. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreizeilige Zeile 3.— Mk., für Auswärtige 3,60 Mk. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtschreib: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 304

Donnerstag, den 29. Dezember 1921

71. Jahrgang

Bei der gestern stattgefundenen Wahl der Vertrauensmänner und Erfahrmänner für die Angestelltenversicherung aus dem Kreise der versicherten Angestellten sind 46 Stimmen auf die Vorschlagsliste A (aufgestellt vom Allgemeinen freien Angestelltenbund) und 83 Stimmen auf die Vorschlagsliste B (aufgestellt vom Gewerkschaftsbund der Angestellten und vom Deutschen Handlungsgewerksverband) abgegeben worden. Infolge der gemäß § 28 der Wahlordnung vorgenommenen Verteilung und der Reihenfolge der Benennungen auf den Wahloorschlägen sind hiernach gewählt:

- a) Vertrauensmänner**  
**Horst Ehrenhauf**, Buchhalter, Stadtrichter Bernerstr. 16  
**Willy Schäbitz**, Handlungsgehilfe, Bleichgasse 27  
**Karl Ahbe**, Handlungsgehilfe, Hartenfeinerstr. 3.
- b) Erfahrmänner**  
**Otto Bils**, Privatangelegter, Seminarstraße 7,  
**Fritz Kabe**, Techniker, Hartenfeinerstraße 16,  
**Emil Sieber**, Buchhalter, Frühlingsstraße 3,  
**Rag Herboldt**, Handlungsgehilfe, Am grünen Winkel 2,  
**Otto Beck**, Stuhlmeister, Stadtrichter Bernerstr. 7,  
**Johannes Clausinger**, Handlungsgehilfe, Obere Str. 26.  
Lichtenstein-Callnberg, am 29. Dezember 1921.  
Der Stadtrat.

## Kurze wichtige Nachrichten.

\* Der Bund hat gestern die Einladungen zur Tagung des Obersten Rates in Cannes am 6. Januar ergeben lassen. Auf dem Programm stehen zwei Punkte, nämlich die Reparationen und die Einberufung einer internationalen Konferenz.

\* Die Remont Times kündigen in einer großen Anzeige am 1. Januar die Veröffentlichung der Memorien Woodrow Wilson an. Diese Ankündigung hat in politischen Kreisen großes Aufsehen hervorgerufen. Eine Anzahl Kongressmitglieder beabsichtigen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Veröffentlichung dieser Artikel verboten werden soll.

\* Die Zahl der auf Wunsch des Reichspräsidenten vom Reichsjustizminister zu Weihnachten beantragten Märzopfer beträgt 268. Haftentlassungen wurden auf telegraphische Anweisung des Reichsjustizministers alle Gefangenen, die zu Gefängnisstrafen unter einem Jahr verurteilt waren.

\* Nach einer Meldung des Pariser „Temps“ sind zum 1. Januar weitere 7 Avignon-Gefangene deutscher Herkunft befreit worden. Eine amtliche Bestätigung lag bis heute früh in Berlin noch nicht vor.

\* Die Wehrzahl der Fabrikantensverbände der holländischen Industrie aller Gewerbe hat ein Telegramm an den Handelsminister gerichtet und diesen um dringende Maßnahmen gegen die Einfuhr von Waren aus Ländern mit unangünstiger Balance ersucht. Die Verbände bezeichnen die Lage der holländischen Industrie als trübselig.

\* Einer Meldung des Dalm Expres aus Konstantinopel zufolge ist dort durch die Nachricht großes Aufsehen verursacht worden, daß britische Kontrollbeamte eine aus Frankreich kommende Schiffsladung von 200 Tonnen Munition für Anstalten beschlagnahmt haben. Französische Beamte seien in die Angelegenheit verwickelt.

\* Die Kreuzzeitung erzählt, daß das Interview Stinnes' mit einem Redakteur der Brauer Bohemia, das auch schon vom Berliner Tageblatt gebracht wurde, insofern falsch ist, als Stinnes keine Unterredung mit einem Vertreter des besagten Blattes gehabt hat. Herr Stinnes lehnt es nach wie vor ab, sich von in oder ausländischen Pressevertretern interviewen zu lassen.

## Deutsches Reich.

Der Appetit auf Ostösterreich.

Berlin. Die Münchner Augsburgische Abendzeitung bringt eine höchst sensationelle Nachricht, die besagt, daß das Abkommen von Vana nur den ersten Schritt auf dem Wege bedeutet, Wien zu einer tschechischen Stadt zu machen und damit die französische Herrschaft in Osteuropa zu befestigen. Es sei ein Verteilungsplan festgelegt worden, wonach Ungarn in Personalunion mit Rumänien vereinigt wird, die Tschecho-Slowakei erhält Wien mit den wichtigeren Bezirken Niederösterreichs, Südböhmen erhält Kärnten, Steiermark und oberösterreichisches Gebiet bis zur Donau. Bayern

## Die Reichssteuerpolitik.

Sächsisch-Ansichten.

Berlin, 28. Dezember.

Der Dresdener Korrespondent des Berliner Tageblattes hatte Gelegenheit, mit einer maßgebenden politischen Persönlichkeit, die nicht nur über die Finanzverhältnisse der Länder, sondern auch über die des Reiches sehr gut informiert ist, eine längere Unterredung über die gegenwärtige Reichssteuerpolitik zu führen. Der Gewährsmann vertrat die Ansicht, daß die Steuerpolitik, wie sie gegenwärtig im Reich betrieben werde, falsch sei und daß nicht nur von den Rechts-, sondern auch von den Linksparteien des Reichstages falsche Richtlinien gegeben wurden. Die Mehrheitssozialisten hätten ihre Steuerpolitik drauf zugeschnitten, die niedrigen Einkommen bei der Heranziehung zur Reichseinkommensteuer möglichst zu entlasten. Andererseits hätten die bürgerlichen Parteien die Gelegenheit benutzt, um, nachdem man sich auf Ermäßigungen von unten her geeinigt hatte, auch oben für sich Erleichterungen in Anspruch zu nehmen. Ein solches Verfahren könne in keiner Weise gebilligt werden, und es werde sich sehr bald zeigen, welche Nachteile diese Durchlöcherung des bisherigen Steuerhahns mit sich bringe. Durch diese natürliche in die Milliarden gehende Einbuße, die das Reich auf diese Weise erleide, werde das Reich weniger getroffen, weil es sich den ihm zukommenden Anteil auf alle Fälle sicherstelle, während Länder und Gemeinden sich in das teilen müßten, was übrig bleibt.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Körperschaftsteuer. Es sei kein Zweifel, daß die Industrie diese Steuer in der Hauptsache bezahlen wolle, aber nicht könne, weil sie noch nicht veranlagt ist. Die Industrie habe jetzt im allgemeinen tiefsige Einnahmen in Papiermark, für die sie, um sie nicht nutzlos liegen zu lassen, gewaltige Bauten ausführe und Maschinen anschaffe, die sie oft genug gar nicht brauche. Nach § 59a des Reichseinkommensteuergesetzes hat bekanntlich jeder Unternehmer das Recht, gewisse Rücklagen zu machen. Geht er über den zulässigen Prozentsatz hinaus, dann ist er verpflichtet, den Nachweis zu führen, wie er das Geld verwendet hat. Diesen Nachweis hat die baulustige Industrie natürlich jederzeit führen können. Lasten bleibt aber, daß dem Reiche durch diese zu späte

Veranlagung zur Körperschaftsteuer nach oberflächlicher Schätzung viele Milliarden verloren gehen.

Auf die Frage, wie diesem Uebelstande abzuhelfen sei, erwiderte der Gewährsmann, was die Einkommensteuer anbetrifft, so wird es zweckmäßig erscheinen, die Länder und Gemeinden bei der Veranlagung und Erhebung wieder zu beteiligen. Es ist gewiß richtig, daß die allergrößten Schwierigkeiten durch die fortgesetzten Veränderungen der Steueretze und durch neue Steueretze entstanden sind und man dürfe auch zugucken, daß die Steuerapparate der Länder und Gemeinden Schwierigkeiten zu überwinden gehabt hätten, wenn man ihnen die Steuererhebung belassen hätte. Aber diese Schwierigkeiten wären von den genau und sicher arbeitenden Steuerapparaten der Länder sicher in kurzer Zeit leichter überwunden worden, wie dies jetzt bei den neu eingerichteten Reichssteuerbehörden der Fall ist. Auf keinen Fall dürfe aber das Gesetz wieder geändert werden. Die Länder und Gemeinden würden natürlich die von ihnen eingelassenen Beträge reiflos an das Reich abzuführen haben und dann ihre Anteile vom Reiche zurückhalten. Bezüglich der Körperschaftsteuer erklärte er, daß die Industrie aufgefordert werden müßte, zunächst einmal diejenigen Beträge zu zahlen, zu denen sie sich selbst eingeschätzt hat.

Wir haben die vorstehenden Ausführungen zum Abdruck gebracht, weil wir es für zweckmäßig halten, unsere Leser über in Sachsen vorhandene Ansichten nach Möglichkeit zu unterrichten. Warum tritt der sächsische Gewährsmann des Berliner Tageblattes aber nicht an die Öffentlichkeit? Seine Kritik an der Reichssteuergebarung würde dann in mehr öffentlichem Interesse haben. Aus der Wendung der Kritik besonders gegen die bürgerlichen Parteien des Reichstages kann man aber wohl schließen, daß der sächsische Gewährsmann des B. T. kaum in bürgerlichen Sachsen zu suchen ist, wenngleich seine Ansicht über das bessere Funktionieren des alten Landessteuerapparates gegenüber den neuen Reichsbehörden auch von bürgerlicher Seite geteilt wird. Ueber die Kritik der Industrie-Rücklagen wird sich die Industrie vielleicht noch äußern.

wird mit Salzburg und dem restlichen Oberösterreich vereinigt, von Deutschland losgerissen und mit dem österreichischen Gebiet zu einem neuen Staat gemacht.

Dr. Rathenau geht nach Paris.

Pariser Zeitungen berichten, daß Rathenau dort erwartet werde. Diese Mitteilungen treffen, wie wir berichteten, zu. Dr. Rathenau ist vorgestern nach Paris abgereist. Seine Reise steht zweifellos im Zusammenhang mit den Verhandlungen, die heute nachmittags in Paris zwischen der Reparationskommission und der deutschen Kriegslastenkommission beginnen sollen und die offiziell der Ministerialrat Dr. Fischer, der Vorsitzende der Kriegslastkommission, führen wird. Dr. Rathenau wird sich ebenso wie in London auch in Paris nicht in amtlicher Eigenschaft und nicht im Auftrag der deutschen Regierung aufhalten. Seine inoffizielle Teilnahme bei den Verhandlungen ergibt sich aus der Rolle, die Dr. Rathenau bereits zweimal bei Reparationsverhandlungen in London gespielt hat. Inwiefern Dr. Rathenau über die eigentlichen Verhandlungen mit der Reparationskommission hinaus in Paris Gelegenheit haben und nehmen wird, mit hervorragenden französischen und englischen Persönlichkeiten über das gesamte Reparationsproblem sich zu unterhalten, entzieht sich heute der Beurteilung. Ebenso verfrüht sind Mitteilungen darüber, daß Dr. Rathenau während der Sitzungen des Obersten Rates in Cannes sich aufhalten werde.

Es gibt keine — schwarze Schma.

„Havas“ meldet: Die deutsche Note vom 2. November über angebliche Verbrechen schwarzer Truppen im Rheinland ist noch in der letzten Bolschafertkonferenz vor Weimarn zurückerufen worden. Dagegen ist festgestellt, daß ein Teil der Fälle durch kriegsgerichtliche Urteile geahndet worden ist. Das sind alle (!) Fälle, die sich als

wahr erweisen haben. Eine Verallgemeinerung einzelner Ausschreitungen mußte zurückgewiesen werden.

Unzureichende Kohlenablieferung?

Die Pariser Blätter teilen — offenbar beeinflusst — mit die Reparationskommission werde sich heute mit einer angeblichen Verzögerung Deutschlands in der Lieferung von Kohle zu beschäftigen haben. Die regelmäßige Lieferung von 15 000 Tonnen täglich sei seit dem 15. Dezember auf 9 000 bis 10 000 Tonnen zurückgegangen. Die Mitteilung spricht von der dritten Verzögerung Deutschlands, die hierdurch festgestellt werde. Die erste Verzögerung datiere vom Juni 1920 vor der Konferenz von Spaai; die zweite gehe auf den Monat März 1921 zurück, als die deutsche Regierung die erste Milliarde Goldmark, die auf Grund des Versailler Vertrages als Abschlagszahlung der Summe von 12 Milliarden verlangt wurde, nicht bezahlte. Das Echo de Paris fügt dieser Nachricht hinzu: „Es ist angebracht, am Vorabend der Konferenz von Cannes den schlechten Willen Deutschlands noch einmal feierlich festzustellen.“

Haftentlassung des Leutnants Kroll.

Im Sommer dieses Jahres wurde von der Staatsanwaltschaft der Leutnant Kroll in Haft genommen, der dringend verdächtig war, an der Ermordung der Frau Rosa Luxemburg teilgenommen zu haben. Der Verdacht gründete sich vor allem darauf, daß Kroll sich im Besitz einer goldenen Damenuhr befunden hatte, die der Frau Luxemburg gehört hatte. Wie die Freiheit und die Rote Fahne jetzt mitteilen, ist Kroll aus der Haft entlassen worden. Das Verfahren gegen ihn soll eingestellt worden sein.

Wieder ein kommunistischer Gla.

Die Kommunisten scheinen, gleich den Vorjahren, auch für das kommende Frühjahr eine „Aktion“ in die Wege leiten zu wollen. Es liegen zwei Beweise dafür vor, daß die Geb-





